

Presse-Mitteilung (Sperrfrist 26.09.2007, 11:00 Uhr)

Psychiatrie-Planung überfällig! Landesregierung vernachlässigt wichtiges Feld der Sozialpolitik!

Der aktuelle Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung stellt konkrete politische Forderungen

Halle, den 26.09.2007

In seinem 14. Bericht fordert der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung die Landesregierung auf, umgehend einen neuen Psychiatrie-Plan aufzustellen.

Sachsen-Anhalt war nach der Wende ein Vorreiter der Psychiatrie-Reform, hat seinen Vorsprung aber wieder verspielt. Um die Situation psychisch kranker Menschen nachhaltig zu verbessern, hat die damalige Landesregierung im Juni 1992 recht zügig ihr Programm zur psychiatrischen Versorgung vorgelegt. Nur ein Mal wurde dieser erste Psychiatrieplan 1996 fortgeschrieben und mit einem „Ausblick“ bis zum Jahr 2000 versehen. Seitdem wird die Entwicklung der Versorgungslandschaft weitgehend dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen. Im aktuellen Organigramm des Sozialministeriums sind Zuständigkeiten für Aspekte der psychiatrischen Versorgung verteilt auf 13 (!) verschiedene Referate und Stabsstellen. Alle anderen Bundesländer bündeln die Verantwortung für dieses wichtige Feld der Sozialpolitik.

Als politisches Leitbild taugen die 1992 erstellten und 1996 fortgeschriebenen Pläne schon lange nicht mehr. Die zwingenden Gründe für die geforderte Aktualisierung benennt der Ausschuss konkret:

- Die Versorgungsziele müssen neu definiert werden; es geht heute nicht mehr darum, Versäumnisse der ehemaligen DDR auszugleichen.
- Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten 15 Jahre und insbesondere der demographische Wandel haben völlig veränderte Voraussetzungen geschaffen.
- Nach der Kreisgebietsreform muss die regionale Planung angepasst werden.

Allerdings sind viele wichtige Daten für Sachsen-Anhalt nicht verfügbar; bezogen auf die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung ist die Gesundheitsberichterstattung ausgesprochen lückenhaft.

Sogar die Europäische Union hat erkannt, dass die seelische Gesundheit der Bürger immense Bedeutung für das Gedeihen eines Gemeinwesens hat. Psychische Erkrankungen gehören zu den wichtigsten Ursachen für soziale Benachteiligung. Deshalb ist es für den Ausschuss vollkommen unverständlich, wie beharrlich die politisch Verantwortlichen des Landes seit Jahren die Bedeutung der Psychiatrie-Politik als Feld der Sozialpolitik vernachlässigt haben und vernachlässigen. Der Ministerpräsident und das gesamte Kabinett werden aufgefordert, dieses wichtige Feld der Politik nicht länger links liegen zu lassen.

Hintergrund: Der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung berichtet einmal jährlich dem Landtag und dem Sozialministerium über seine Tätigkeit. Der Bericht wird am 26.09.2007 dem Präsidenten des Landtags, Herrn Dieter Steinecke, und der Staatssekretärin des Ministeriums für Gesundheit und Soziales, Frau Prof. Dr. Christiane Diemel, übergeben.

Zu den weiteren Themen des Berichts gehört der Stand der Versorgung durch Psychologische Psychotherapeuten, die Substitutionsbehandlung bei opiatabhängigen Patienten, eine Stellungnahme zur Elektrokonvulsionstherapie, die „unendliche Geschichte“ des Rahmenvertrages zwischen dem Land und den Trägern von Einrichtungen der Behindertenhilfe und eine Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen für die längerfristige geschlossene Unterbringung von Kranken in Heimen – verbunden mit einem konkreten Vorschlag an den Gesetzgeber, diese im Heimgesetz neu zu gestalten. Der Tätigkeitsbericht des Ausschusses und die Berichte der sechs regionalen Besuchskommissionen vervollständigen die Bestandsaufnahme.

Priv. Doz. Dr. med. Felix M. Böcker
Vorsitzender des Ausschusses